

# Strategie der Linken in Braunschweig

Der strategischen Planung des **Noch-Oberbürgermeisters Hoffmann** wurde in der Ratssitzung am 18. Juli 2006 die strategische Planung des Oberbürgermeister-Kandidaten der Linken, **Udo Sommerfeld**, entgegengesetzt. Dazu erklärte Sommerfeld: "Der Rat und auch Braunschweigs Bürger sollen die Möglichkeit bekommen, auch inhaltlich zwischen den Angeboten von **CDU/FDP** und **Linken** wählen zu können."

Außerdem hatte Sommerfeld beantragt, die Plätze um das ECE-Center nicht in Schlossplatz und Ritterbrunnenplatz, sondern in **Martha-Fuchs-Platz** und **Am ehemaligen Schlosspark** zu benennen.

**Der Programm- und Handlungsrahmen 2007 bis 2011 für die Stadt Braunschweig wird wie folgt geändert:**

Ohne ausreichende, existenzsichernde Arbeits- und Ausbildungsplätze ist Braunschweig weder lebens- noch zukunftsfähig. Angesichts von 25.000 Hartz IV Empfängern und der Situation, dass im vergangenen Jahr nur noch jeder 4. Schulabgänger einen Ausbildungsplatz erhalten hat, muss die Stadt künftig erheblich mehr leisten. Aufgrund zunehmender sozialer Probleme, wird die Stadt deren Lösung zukünftig als vorrangiges Ziel ansehen. Unsere Stadt Braunschweig ist zudem kein Konzern, sondern Lebensmittelpunkt ihrer

[weiter auf Seite 2](#)

**Für eine  
neue  
soziale  
Idee.**  
**DIE LINKE.**



Einwohnerinnen und Einwohner, die es an den Entscheidungen zu beteiligen gilt. Da Privatisierungen dem völlig entgegenstehen, werden sie für die Zukunft ausgeschlossen. Vielmehr wird das Ziel sein, verlorengegangene, kommunale Entscheidungshoheit über Fragen der Daseinsvorsorge zurückzugewinnen.

Die Zusammenarbeit mit den kommunalen Gebietskörperschaften der Region soll ausgeweitet werden. Deshalb will die Stadt alles unterlassen, was die Konkurrenz innerhalb der Region befördert. Die Stadt lässt sich daher von folgenden Grundsätzen leiten:

#### 1. Arbeitslosigkeit bekämpfen, nicht die Arbeitslosen

Da die Wirtschaft erwiesenermaßen mehr Arbeitsplätze abbaut als schafft, muss die Stadt Braunschweig selbst tätig werden. Dazu wird ein öffentlicher Beschäftigungssektor geschaffen, mit existenzsichernden Tarifarbeitsplätzen, die wichtige Aufgaben im sozialen, kulturellen, bildungsnahen und sportlichen Bereich schaffen. Zur Umsetzung dieses Ziels werden die Möglichkeiten des §16, SGB II, nämlich sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, genutzt und damit gleichzeitig die Arbeitsgelegenheiten mit Aufwandsentschädigung ersetzt. Die damit einhergehenden Einsparungen der Unterkunftskosten werden in neue Arbeitsplätze investiert, genau wie die Ausgaben für die Wirtschaftsförderung. Der weitere Abbau von Arbeitsplätzen in Verwaltung und städtischen Betrieben wird zukünftig ausgeschlossen. Mit der Zunahme öffentlich geförderter Arbeitsplätze soll eine analoge Steigerung der Ausbildungsplätze einhergehen. Auf die Wirtschaft wird der Druck erhöht, damit diejenigen, die ausbilden können, dies auch tun.

#### 2. Für ein soziales Braunschweig

Hilfestellung bei der Bewältigung sozialer Probleme muss Kernaufgabe der Stadt werden. Dazu gehören gemäß den Leitsätzen der Altenhilfe-Planung der Ausbau von altersgerechten Diensten und Hilfestellungen, präventiven Maßnahmen, adäquate Wohnformen im Alter sowie Möglichkeiten der ehrenamtlichen Betätigung und Teilhabe. Die Bemessungsgrenze der Miete für Hartz IV Empfänger wird auf den tatsächlichen Bedarf angehoben, damit Zwangsumzüge vermieden werden. Eine Privatisierung des Klinikums wird ausgeschlossen, genau wie der Nibelungen Wohnbau. Die Schuldnerberatung wird so ausgestattet, dass sie ihre Aufgaben zeitnah erfüllen kann. Ein neuer BS-Pass wird eingerichtet, der neben den Möglichkeiten des alten auch Besuche von Kultureinrichtungen und Sportstätten mit einschließt. Eine Verbraucherberatung wird wieder möglich gemacht, eine unabhängige Arbeitslosenberatung gefördert. Der Vertrag mit der ARGE soll so verändert werden, dass Arbeitslosenvertretungen und Kommunalpolitik Mitsprachemöglichkeiten erhalten. Das Programm "Soziale Stadt" wird für weitere Stadtteile geprüft. Eine Anmeldung für das bereits geprüfte Nordwestliche Ringgebiet/Eichtal soll zeitnah erfolgen.

#### 3. Kommunale Demokratie

Die Stadt ist kein Konzern, sondern Lebensmittelpunkt der Einwohnerinnen und Einwohner. Um dem gerecht zu werden müssen die Einwohner in wesentlich stärkerem Maß als bisher an den Entscheidungen beteiligt werden. Das gilt auch für die Finanzen. Es soll ein Bürgerhaushalt eingeführt werden. Die Ratssitzungen werden ausgeweitet. Im Verwaltungsausschuss werden zukünftig nur noch solche Themen behandelt, die dort zwingend behandelt werden müssen. Die Rechte der Bezirksräte, deren zahlenmäßige Reduzierung ausgeschlossen wird, müssen tatsächlich erweitert werden. Bürgerbegehren sollen erleichtert und nicht verhindert werden.

#### 4. Kinder- und familienfreundliche Stadt

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass "Familien" heutzutage sehr unterschiedlich zusammengesetzt sind, wird das Angebot als kinder- und familienfreundliche Stadt weiter verbessert. Die Bereitstellung von erschwinglichem Bauland durch die Stadt für junge Familien ist dabei ein Baustein, wobei wohnortnahe Tagesbetreuung in Kindertagesstätten und Tagespflege sowie ein umfassendes schulisches Angebot die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen. Um die Ernsthaftigkeit zu unterstreichen wird die Stadt alles unternehmen, um letztendlich eine kostenlose Kinderbetreuung zu ermöglichen. Daneben wird für Familien ein bedarfsgerechtes Angebot von Einrichtungen der Jugendförderung vorgehalten. Die neuen Wohngebiete, in denen eine ausreichende Infrastruktur aufgebaut wird, müssen in städtische und regionale Verkehrsnetze eingebunden werden. Bei der Bereitstellung von Bauland werden zukünftig ökologische Faktoren eine stärkere Beachtung finden. Durch Modernisierungsprogramme für Wohnungen, generationsübergreifende Wohnformen und der Sanierung von Brachen soll zukünftig auch innerstädtische Gebiete attraktiver werden.

#### 5. Gesundheit soll keine Ware sein

Eine hervorragende Infrastruktur an Gesundheitseinrichtungen ist eine weitere wichtige Voraussetzung für eine lebenswerte Stadt. Braunschweig hat mit dem Städtischen Klinikum das größte Krankenhaus im östlichen Niedersachsen. Mit 110 Mio. Euro soll diese wichtige Stellung des Klinikums bis 2012 ausgebaut werden. Mit dem zu Grunde liegenden Zwei-Standorte-Konzept müssen vorrangig Patienteninteressen vor Marktinteressen umgesetzt werden. Ein umfassendes Behandlungsangebot auf der Höhe der Zeit und verbesserte

**Lieber bei uns 3 Kreuze machen,  
als weiter zu Kreuze kriechen**



**Auch**

**~~ja~~ jugend wählt links**

**DIE LINKE.**

Forschungsmöglichkeiten entsprechen diesem Ziel. Eine Privatisierung des Klinikums wird ausgeschlossen.

Neben dem Klinikum soll es ein dichtes und qualitativ hochwertiges Haus- und Fachärztenetz, weitere Kliniken, Reha-Einrichtungen, ambulante Pflegedienste und stationäre Einrichtungen geben. Neu hinzu kommen wird ein stationäres Hospitz. Dieses Angebot gilt es zu stärken; gleichzeitig sollen präventive Programme noch mehr Aufmerksamkeit erhalten. Dies betrifft insbesondere Kinder und Jugendliche. Gesunde Ernährung und Bewegung sind wichtige Voraussetzungen zur Vermeidung von Krankheiten.

#### 6. Bildung und Kultur

Die Stadt sieht es als ihre entscheidende Aufgabe im Bildungsbereich an, den sich ausweitenden Tendenzen der sozialen Auslese von Kindern und Jugendlichen entgegenzutreten, soweit es im kommunalen Rahmen möglich ist. Möglichst langes gemeinsames Lernen ist das Modell der Zukunft und die Integrierte Gesamtschule ist die Schule, die dieses Modell praktiziert. Deshalb, und auch um dem Elternwillen zu entsprechen, wird die Stadt Druck auf die Landesregierung ausüben, mit dem Ziel die 4. IGS in Braunschweig zu ermöglichen. Außerdem wird das Schulsanierungsprogramm mit hohem Investitionseinsatz fortgesetzt und bildet einen wichtigen Schwerpunkt im Haushalt. Das schulische Angebot wird durch die wachsende Zahl an Ganztagschulplätzen verbessert und in die Ausstattung der Schulen mit Informationstechnologie wird weiter investiert. Förderung von Eliteeinrichtungen wie sie bspw. bei Internationaler Schule und Welfenakademie praktiziert wird, soll zukünftig unterbleiben.

Die Stadt will zukünftig ein breites kulturelles Angebot vorhalten und allen den Zugang zu diesen kulturellen Einrichtungen ermöglichen. Um diesem Ziel zu entsprechen kommt es zu einer zeitnahen Wiederinbetriebnahme des Freizeit- und Bildungszentrums. Die Ansiedlung von Kultureinrichtungen im ECE-Shopping-Center soll nach Möglichkeit rückgängig gemacht werden. Bibliotheken sind stadteilorientiert vorzuhalten. Auf die Landesregierung wird Druck ausgeübt, mit dem Ziel bei der Förderung der niedersächsischen Staatstheater endlich zu einer gleichberechtigten Förderung zu kommen.

#### Das ist Programm:

Die Linkspartei setzt sich für eine bessere Gesellschaft ein. Eine, in der der Schwache nicht länger schwach, der Einzelne nicht länger allein, der Arbeitswillige nicht länger arbeitslos, der Fremde nicht länger fremd und der Abhängige nicht länger wehrlos bleibt. (Aus der Präambel)

#### 7. Braunschweig ist Sportstadt

Die Förderung des Schul- und Breitensports wird durch einen Ausbau der Sportstätten Infrastruktur vorangetrieben. Mehr Sportanlagen in Wohnnähe sollen die Lebensqualität der Einwohner erhöhen und einen effizienten Schulsport sicherstellen. Weder Kürzungen der Zuschüsse, noch Erhöhungen der Nutzungsentgelte soll es zukünftig in diesem Bereich geben.

Das Defizit der VW-Halle muss zukünftig verringert werden. Eine finanzielle Beteiligung der Stadt an Umbaumaßnahmen u.ä. findet zukünftig nicht mehr statt. Aushängeschild der Stadt ist und bleibt der BTSV Eintracht. Dabei ist ein Anheben der Besucherzahlen im Stadion an der Hamburger Straße der geeignete Weg Eintracht zu unterstützen. Reichenförderung, wie der Einbau von VIP-Logen, ist ein falscher Weg. Bei möglichen Umbauten ist die "Eintracht" der "Braunschweiger Sportfamilie" zu wahren. Der Bau eines Spaßbades mit einhergehender Schließung der bestehenden Bäder wird nicht weiter verfolgt. Die bestehenden Bäder sollen saniert werden.

#### 8. Innenstadt schützen - Nahversorgung ermöglichen

Bedingt durch das ECE-Shopping-Center sind massive, negative Auswirkungen auf die Innenstadt zu befürchten. Um diesen zu begegnen und die Vielfalt der oftmals noch kleinteiligen Geschäftsstrukturen zu sichern, wird die Stadt ein entsprechendes Konzept erarbeiten. Das Innenstadtkonzept soll zukünftig mehr Gewicht erhalten und nicht durch weitere "Ausnahmen" ausgehöhlt werden. Gleiches gilt für die "Nahversorgungsuntersuchung Dr. Acocella". Bestehende Nahversorgung in den Stadtteilen muss unbedingt erhalten bleiben.

#### 9. Braunschweig - Stadt der Wissenschaft 2007

Durch den Titel "Stadt der Wissenschaft 2007" wird Braunschweig eine hohe Forschungs- und Wissenschaftskompetenz bescheinigt. Dadurch erhofft sich die Stadt auch die Schaffung weiterer Arbeitsplätze in den Bereichen Forschung und Wissenschaft. Dabei soll die Vernetzung von Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen, regionaler Wirtschaft und Gewerkschaften, zum gegenseitigen Nutzen verstärkt werden. Kleine und mittelständische Unternehmen der Region sollen leichter Zugang zur Wissenschaft haben. Die Stadt unterstützt Wissenschaft und Forschung in ihrem Bestreben ihre Arbeit stärker der Bevölkerung zur Kenntnis zu geben.

#### 10. Braunschweig als Teil der Region

Zukünftig werden immer mehr Entscheidungen unter regionalen Gesichtspunkten zu treffen sein. Ziel der Stadt ist es die Partnerschaft mit den umliegenden Gemeinden zukünftig besser zu gestalten und selber alles zu unterlassen, was die interkommunale Konkurrenz weiter befördert. Gerade in den Bereichen Baulandpolitik, großflächiger Einzelhandelsansiedlung und Wirtschaftsförderung ist mehr regionale Abstimmung notwendig. Die Realisierung der RegioBahn muss unbedingt vorangetrieben werden.

Lieber bei uns 3 Kreuze machen,  
als weiter zu Kreuze kriechen



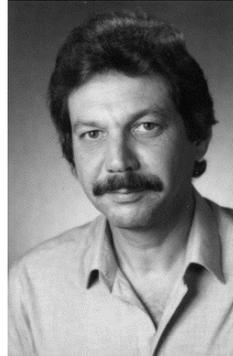
**DIE LINKE.**

# Die Kandidatinnen und Kandidaten der Linken in Ihrem Wahlbereich sind:

(für Wahlbereich 33 bzw. Bezirksrat Nordstadt)

WB 33 Nördlicher Ring (alt: Wahlbereich 42 - Nordstadt und Schunteraue)

1. Hans-Georg Hartwig, Angestellter



2. Christiane Joenck, Lehrerin  
(leider ohne Bild)

3. Bernd Mex, 41, Assessor



4. Nicolas Arndt, 39, Angestellter



5. Klaus Hoenen, Rentner



Lieber bei uns 3 Kreuze machen,  
als weiter zu Kreuze kriechen



# DIE LINKE.

Bezirksrat Nordstadt

1. Nicolas Arndt



2. Holger Machenski, Dipl. Informatiker  
(leider ohne Bild)

3. Klaus Höhnen



4. Sabine Dullin, Angestellte



5. Horst Dullin, Rentner



Mehr Informationen unter  
[www.die-linke-bs.de](http://www.die-linke-bs.de)  
und  
[nordstadt.wordpress.com](http://nordstadt.wordpress.com)